

## U3-Betreuung: Standort zu weit weg?

**Im Fachausschuss gehen die Meinungen über den Standort auseinander / Lieber Umbau oder Neubau?**

**Weit auseinander gegangen sind am Dienstag im Ausschuss für Jugend, Familie und Sport die Meinungen hinsichtlich der vorgesehenen U3-Betreuung in der Grundschulaußenstelle in Krainhagen. Während sich SPD und Verwaltung durchaus mit dem Gedanken anfreunden konnten, in dem nach den Sommerferien leerstehenden Gebäude ein Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen einzurichten, äußerten Vertreter von CDU und Grüne Bedenken wegen der abgelegenen Lage. Weiter wurde darüber diskutiert, für das Gebäude lediglich Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen vorzunehmen – oder es komplett durch einen Neubau zu ersetzen. Krainhagen.** Gleich zu Beginn warf CDU-Vertreter Horst Sassenberg die für die anschließende Diskussion entscheidende Frage in den Raum: „Sind die Eltern der Kinder aus Gelldorf und Vehlen bereit, jeden Tag nach Krainhagen zu fahren?“ Seiner Meinung nach befinde sich die Grundschul-Außenstelle in einer „Abseitslage“, Krainhagen sei nicht der „zentrale Ort“. Auch hält Sassenberg das Gebäude für „völlig überdimensioniert“ für die zwei vorgesehenen Betreuungsgruppen mit jeweils 15 Kindern. Es sei doch sinnvoller, die Innenstadt im Auge zu behalten. „Wir müssen in die zentrale Stadt mehr Leben kriegen. Mir ist viel zu wenig bedacht worden, was für Alternativen es gibt“, führte Sassenberg weiter aus. Als eine mögliche Option nannte er das seit Jahren leerstehende Gebäude gegenüber der „Rasselbande“.

Völlig anders sah das jedoch Kirsten Battaglia (SPD): Fast jeder sei heutzutage relativ mobil, sie selbst komme ja auch aus Gelldorf und habe kein Problem damit gehabt, ihr Kind nach Krainhagen zu bringen. „Jeder, der einen vernünftigen Betreuungsplatz braucht, wird diese Fahrt doch in Kauf nehmen!“ Dem stimmte auch Bürgermeister Oliver Schäfer (SPD) zu: „Wir haben relativ kurze Wege innerhalb unserer Stadt. Woanders müssen acht oder neun Kilometer gefahren werden, das ist in Obernkirchen ja nicht der Fall.“

Karl-Heinz Struckmeier (SPD) rief noch einmal die idyllische Lage von Krainhagen in Erinnerung und wischte damit Sassenbergs Argument vom Tisch, sich in der Innenstadt umzuschauen: „Die Kinder müssen doch auch draußen spielen können, wo in der Stadt geht das denn so gut wie dort?“ Noch etwas unentschlossen zeigte sich Irmhild Knoche: Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/WIR lehne den Standort ja eigentlich ab, wobei natürlich das Außengelände für Krainhagen spreche. Weiter diskutierten die Ausschussmitglieder darüber, ob das Gebäude an sich, nachdem kleine Umbaumaßnahmen vorgenommen worden sind, erhalten bleiben oder ein Neubau für die U3-Betreuung geschaffen werden soll. Deutliche Unterschiede gibt es nämlich bei der Bezuschussung: Der Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung liegt bereits vor. In diesem Entwurf ist bislang vorgesehen, für einen Neubau oder einen nachfolgenden Umbau 13 000 Euro Zuschuss pro Platz zu gewähren; für einen Erweiterungs- oder Umbau hingegen nur 5000 Euro. Geht man also am Beispiel der Außenstelle von zwei U3-Gruppen aus, wäre im Falle eines Neubaus mit einer maximalen Zuschusshöhe von 390 000 Euro zu rechnen. Bei einem Erweiterungs- und Umbau würde der maximale Förderrahmen nur 150 000 Euro betragen. Noch nicht genau abzuschätzen sei auch die Zuschussverteilung, sprich wie viele Maßnahmen pro Jahr landes- bzw. kreisweit genehmigt werden, ergänzte Bernhard Watermann von der Verwaltung. Theoretisch könne es nämlich sein, dass diejenigen, die zuerst reagieren, auch bevorzugt werden. Heinrich Struckmeier (CDU) „warnte“ davor, das Gebäude umzubauen. „Wenn was gemacht wird, dann gleich abreißen und neubauen.“ Die jetzige Grundschul-Außenstelle bräuchte ohnehin eine komplett neue Dämmung. „Allein das Gebäude zu dämmen, wäre schon teurer als ein Neubau.“ Ähnlich sah das auch Karl-Heinz Struckmeier: „Wenn ein Neubau günstiger ist als ein Umbau, habe ich da nichts gegen.“ Desweiteren plädierte er dafür, die Förderung so schnell wie möglich zu beantragen, denn: „Wenn wir das nicht tun, tun es andere.“ Nach einer einstündigen hitzigen Debatte einigte man sich schließlich – bei vier positiven Stimmen und drei Enthaltungen – darauf, das Grundschulgebäude von einem Planungsbüro noch einmal überplanen und zugleich die Abriss- und Neubaukosten ermitteln zu lassen.

clb